



Armin Schuster

im Deutschen Bundestag
für den Wahlkreis

Lörrach-Müllheim



Bericht aus Berlin

Nr. 25 vom 21. Oktober 2011

DIESE WOCHE AKTUELL

Die Zukunft des EURO - Deutschland will klare Leitlinien

Wir stehen vor der Entscheidung, ob Griechenland die nächste Tranche ausgezahlt bekommt. Dafür gibt es zwei Voraussetzungen: Ein positiver Troika-Bericht – dieser liegt vor – und eine Schuldentragfähigkeitsanalyse - diese liegt noch nicht vor. Sollte die Schuldentragfähigkeit nicht gegeben sein, werden wir der Auszahlung einer nächsten Tranche nicht zustimmen. In diesem Fall müssen wir über zwei Optionen verhandeln: 1. Erhöhung der Zuweisung aus dem Rettungsschirm und/oder 2. eine stärkere Privatgläubigerbeteiligung (bisher 21%). Ebenfalls noch nicht geklärt ist, ob dieser Schuldenschnitt dann freiwillig oder verbindlich erfolgen soll. Soweit zum kurzfristigen Krisenmanagement Griechenland.

Gleichzeitig gilt es um gefährdete Länder wie Italien und Spanien einen Schutzwall zu ziehen, also den EFSF. Dieser Schutzwall muß so stark wie möglich sein, daher auch die Diskussion um eine mögliche Hebelung. Diese Hebelung könnte das EFSF-Volumen verfünffachen. Hierüber befinden wir uns ausdrücklich nicht im Dissens mit Frankreich, sondern in schwierigen Verhandlungen mit 17 EURO- und 27 EU-Staaten.

Ein Streitpunkt ist u.a. die deutsche Haltung: Wir wollen die EZB nicht für diesen Schutzwall verantwortlich machen. In der deutschen Geschichte hat sich die Unabhängigkeit von der deutschen Zentralbank bestens bewährt.

Was passiert in den kommenden Tagen? Heute werden die EU-Finanzminister über ein mögliches Modell beraten. Es geht um die Schuldentragfähigkeit Griechenlands, die Bankenrekapitalisierung, die Schlussfassung der Leitlinien des EFSF und die mögliche Hebelwirkung. Unser Finanzminister wird hierzu mit dem Votum des Haushaltsausschusses des Bundestages zum EFSF verhandeln.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Rheintalbahn: Besuch vom neuen Projektleiter



Der neue DB-Projektleiter für die Rheintalbahn, Matthias Hudaff, besuchte am Dienstag den Streckenabschnitt zwischen Freiburg und Weil am Rhein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die überraschende Erkrankung von Ulrich Lusche geht einem natürlich auch in Berlin nicht aus dem Kopf. Das heutige Telefonat mit ihm hat dann aber auch mir gut getan. Er wird sich jetzt einer Reha unterziehen und sich dabei sicher vollständig erholen. Wir wünschen ihm jedenfalls gute Besserung. Beim heutigen Kreisparteitag in Minseln verrete ich Ulrich Lusche. Wir werden über die grün-roten Veränderungen in Baden-Württemberg sprechen müssen, insbesondere natürlich über S21. Zur Zukunft des EURO und allen weiteren Themen stehe ich Ihnen gerne Rede und Antwort. Auch dieser Bericht soll Ihnen aktuellste Hintergrundinformationen aus Berlin liefern.

Ihr Armin Schuster

Der Hebel – Ein einfaches Beispiel

Ein Land braucht 100€. Es bringt eine Anleihe im Wert von 100€ auf den Markt, statt einen Kredit über 100€ über den EFSF aufzunehmen. Der Rettungsschirm garantiert für 20 Prozent der Anleihe, also 20€. Kann der Staat die Anleihe nicht zurückzahlen, muß die EFSF dem Investor 20€ zurück zahlen. Ein Kredit an das Land hätte den Rettungsfonds dagegen 100€ gekostet. Rein rechnerisch würde sich die Schlagkraft der EFSF bei einer Versicherungslösung um das Fünffache erhöhen.

Armin Schuster, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus - Raum: 1 634

Telefon +49 30 227-71005

Fax +49 30 227-76606

Mail: armin.schuster@bundestag.de

Internet: <http://www.armin-schuster.eu>

(Fortsetzung von Seite 1: **Die Zukunft des EURO - Deutschland will klare Leitlinien**)

Am Sonntag werden dann die Regierungschefs im Europäischen Rat zu einem möglichen Modell eine erste Einigung herbei führen, ohne darüber Beschluss zu fassen. Der Deutsche Bundestag wird sich dann am Montag, Dienstag und Mittwoch abschließend hierüber beraten und zu einem Ergebnis kommen. Mit diesem Ergebnis reist Angela Merkel am kommenden Mittwoch nach Brüssel, um dort mit dem deutschen Votum den Beschluss der Regierungschefs im Europäischen Rat herbeizuführen.

Unser Ziel: Wir wollen, wie es im EFSF bereits gelungen ist, möglichst viele deutsche Positionen in die Beschlüsse hinein verhandeln, und das bedeutet, wir wollen gegenüber den kriselnden Staaten, z.B. Italien, den Druck aufrecht erhalten, zunächst sich selbst zu reformieren. Daher beharren wir auf einer strikten Konditionalität, bevor Gelder ausgezahlt werden. Das muß in den Leitlinien zuvor ausgehandelt worden sein. Abgesehen von den kritischen Showdarstellungen der Oppositionen in der Presse sei angemerkt, dass mit Ausnahme der Linken, alle Fraktionschefs ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen bereits signalisiert haben. Und es bleibt dabei: Keine Überschreitung der 211 Mrd. € deutsche Beteiligung.

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag mit der „Familienpflegezeit“ ein weiteres Gesetz zur Stärkung der Familie verabschiedet. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es uns gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen. Die Prämien sind sehr gering. Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können sie zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen.



Armin Schuster redet in der Aktuellen Stunde zu linker Gewalt

+++ Fakten +++ Argumente +++ Zitate+++

Reden von Armin Schuster

Diese Woche hat Armin Schuster im Bundestag zwei Reden gehalten. Am Mittwoch fand eine Debatte zum Thema Staatstrojaner/Spionagesoftware statt, am Donnerstag sprach Schuster in der Aktuellen Stunde zu linker Gewalt. Die Reden finden Sie unter www.armin-schuster.eu.

Änderung der Umsatzsteuer

In dieser Woche hat der Bundestag das **Dritte Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes** verabschiedet, mit dem die bisher bis zum 31. Dezember 2011 befristet erhöhte Umsatzgrenze für die „Ist-Versteuerung“ von 500.000 Euro dauerhaft festgelegt wird. Dieses schafft Liquiditätsvorteile insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, auch weil der Vorsteuerabzug für die bezogenen Eingangsleistungen sofort, das heißt ohne Rücksicht auf eine Bezahlung, vorgenommen werden kann.

Studiengebühren kein Hemmnis

Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mindert die Einführung von Studiengebühren nicht die Studienbereitschaft. Vielmehr zeige sich, dass die Studienberechtigten die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang, insbesondere mit höheren Ertragschancen, „verrechnen“. Aus diesem Grund war die Neigung an die Universität zu gehen in Bundesländern mit Studiengebühren nicht niedriger als in gebührenfreien Bundesländern. Dieses Phänomen trat vor allem bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten auf, also bei der Gruppe, für die ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren in Form eines Rückganges der Studienaufnahme prophezeit wurde. Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Zahl der Woche

In der beruflichen Bildung gibt es mittlerweile mehr offene Stellen als unversorgte Bewerber. Allerdings haben wir immer noch ein starkes regionales Gefälle, und nicht jeder findet den Ausbildungsplatz, den er sich wünscht. Insbesondere für technische Berufe müssen wir noch mehr Jugendliche begeistern. Die Zahl der Altbewerber ist seit 2008 um 30 Prozent auf 184.745 gesunken. Quelle: BMBF